

# **Wahlprüfsteine LandesAStenKonferenz Bremen**

## **DIE LINKE in Bremen**

### **A. Studiengebühren**

1. Welchen Standpunkt vertreten Sie gegenüber allgemeinen Studiengebühren?

DIE LINKE lehnt jede Form von Studiengebühren ab, auch Verwaltungs-, Langzeit-, Zweitstudiumsgebühren oder Studienkonten. Sie sind Teil des Bildungs- und Sozialabbaus. Gebühren sind kein Mittel gegen die Unterfinanzierung der Hochschulen. Für die fehlenden Milliardenbeträge braucht es ein staatliches Zukunftsinvestitionsprogramm.

2. Wie beurteilen Sie die bestehende Grundlage (das Bremer Studienkontenmodell) für die Erhebung der Studiengebühren?

Das Bremer Studienkontenmodell („Langzeitgebührenmodell“), nach dem alle Studierenden ein Studienguthaben von maximal 14 Semestern erhalten und ab dem 15. Semester eine Zahlungspflicht beginnt, wird von der LINKEN, wie alle Studiengebühren, grundsätzlich abgelehnt. Dabei kommt in der Bezeichnung "Konten" bereits unfreiwillig der besondere Warencharakter von Bildung und Wissenschaft zum Ausdruck.

3. Wie stehen Sie zu der Erhebung der Verwaltungsgebühren (Semesterbeitrag)?

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben einem zentralen Argument im Widerstand der Studierenden gegen die Einführung der Verwaltungsgebühren vor knapp zehn Jahren recht gegeben: Es handelte sich letzten Endes um den Einstieg in die Einführung von Studiengebühren. DIE LINKE lehnt deshalb die Verwaltungsgebühr nach wie vor als versteckte Studiengebühren ab und tritt für ihre Abschaffung ein.

### **B. Hochschulfinanzierung**

1. Im Bildungswesen wird drastisch gespart. Wieviel soll/kann laut Ihnen der Staat und ins Besondere das Land Bremen überhaupt noch in Bildung investieren (z.B. gemessen am Anteil des BIP)?

Die Bundesregierung hat 10% des BIP als Zielwert für Bildung&Forschung in 2015 ausgegeben, wird diese Marke aber klar verfehlen. In Bremen ist die Unterfinanzierung bedrohlicher: Im nationalen Vergleich sind Bremens Hochschulen 20% schlechter ausgestattet als der Durchschnitt.

2. Halten Sie die derzeitige Grundfinanzierung der Hochschulen für ausreichend?

Nein, die mangelhafte Grundfinanzierung zeigt sich überall: Studiengänge sind nach den Wahlen wieder akut von Schließung bedroht, immer mehr Seminare werden von prekär beschäftigten Lehrbeauftragten übernommen, ForscherInnen finden sich zunehmend in völlig unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, hangeln sich von Projekt zu Projekt ohne konkrete Perspektive dieser Kaskade zu entkommen. Die Streichungsoffensive der Landesregierung hat die Hochschulen in einigen Bereichen an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht.

3. Was wäre für Sie der ideale Anteil an Drittmitteln innerhalb der Grundfinanzierung?

Drittmittel sind nicht prinzipiell falsch, das weiß auch DIE LINKE. Es gilt genauer hinzuschauen: Einige Drittmittel sind eher unproblematisch (DFG), andere hingegen äußerst zweifelhaft (OHB). Fest steht aber: Die Uni hat bundesweit den zweithöchsten Drittmittelanteil am Gesamthaushalt. Weil sich das Land zunehmend aus der Finanzierung zurückzieht, steigt die Abhängigkeit von frischem Geld aus anderen Quellen immer weiter. Grundsätzlich befürchten wir, dass hohe Drittmittelanteile aus der freien Wirtschaft

die Hochschulen noch stärkerem ökonomischen Verwertbarkeitsdruck aussetzen. Das darf nicht passieren. Nicht zuletzt stünde eine solche Entwicklung im Widerspruch zur grundgesetzlich verbrieften Freiheit von Forschung und Lehre.

#### 4. Wie finden Sie die momentane Entwicklung an den Bremer Hochschulen, in der zunehmend Stiftungsprofessuren eingerichtet werden?

Aus den genannten Gründen lehnen wir insbesondere Stiftungsprofessuren eindeutig ab und haben in der Bürgerschaft anlässlich der vom dual-use Konzern OHB Systems gestifteten Raumfahrtprofessur mehrfach interveniert. Wir wollen die Verträge sehen, wir wollen die Zivilklausel der Universität stützen, und wir wollen, wie eine Mehrheit der Studierenden, keine Form von Rüstungsforschung an Bremens Hochschulen. Stiftungsprofessuren sind die gefährlichste Form privater Zuwendungen, da sie unmittelbar in Kernbereiche der Hochschulautonomie, etwa die Personalplanung, eingreift.

#### 5. *Hanse Wasser*-Hörsaal und *Beluga*-Boulevard: Wünschenswerte Finanzvision oder Untergang der akademischen Unabhängigkeit?

Wir haben berechtigte Zweifel, ob solche Namensgebung rein oberflächliche PR-Symbolik bleiben können. Im besten Fall wären sie dann ein ästhetisches Ärgernis. *Hanse Wasser*-Hörsaal ist aber leider mehr: Ein Symptom einer tieferliegende Schiefelage, die privaten Profitinteressen Einfluss und Entscheidungsmacht über öffentliche Infrastruktur und Grunddaseinsfunktionen einräumt. Bildung und Forschung ist Teil einer umfassenden Ökonomisierung gesellschaftlicher Prozesse, die DIE LINKE immer kritisiert hat und weiter bekämpfen wird.

#### 6. Was wollen Sie konkret tun damit der Zustrom der Studierenden im Kontext der doppelten Abiturjahrgänge (und der Aussetzung der Wehrpflicht) von den Hochschulen verkraftet werden kann? Im Hinblick auf:

##### a) die Studienplatzkapazitäten

Die Hochschulentwicklungspläne sehen steigende Immatrikulationszahlen an Bremens Hochschulen vor, allerdings hat der Senat es bisher versäumt, entsprechend ambitioniertere Rahmenbedingungen herzustellen. Die Ausstattung in allen Bereichen stagniert in der Breite. Kurzfristige Lösungen für die zu erwartenden zusätzlichen Immatrikulationen können aus Sicht der LINKEN nicht wirklich zufriedenstellen: Weitere Überfüllung der Hörsäle, Ausdehnung des Lehrplanes auf die Abendstunden oder Blockunterricht am Wochenende - darauf wird es hinauslaufen. Die Abschaffung der Mittagspause an der Universität wies ja bereits in diese Richtung. Was grundsätzlich fehlt ist eine lang- und mittelfristige Perspektive auf Seiten der Landesregierung, die nachhaltige Planungssicherheit auf hohem Niveau garantieren könnte.

##### b) die Verwaltung

Für die Verwaltung gelten die beschriebenen Problemlagen auch. Das Personal ist für immer mehr Studierende zuständig, der Betreuungsschlüssel wird schlechter und schlechter, allein im aktuellen Hochschulentwicklungsplan wurden 110 Vollzeitstellen im nichtwissenschaftlichen Bereich gestrichen. Hier wird DIE LINKE weiter auf eine adäquate Personalausstattung drängen, um allen Beteiligten möglichst reibungslose Prozesse zu garantieren.

#### 7. Werden Sie den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung stellen? Wo wollen Sie das Geld hernehmen?

Bund und Länder sind gemeinsam in der Verantwortung, mehr Studienplätze zu schaffen. Der bestehende Hochschulpakt muss aufgestockt werden, denn die ausgehandelte Anzahl an Studienplätzen wird den tatsächlichen Bedarf nicht decken. Bund und Länder teilen sich derzeit die Kosten jeweils zur Hälfte. Grundsätzlich muss die Bildungsfinanzierung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Für DIE LINKE muss Bildung und Bildungsplanung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Das Kooperationsverbot, das eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern erschwert, muss fallen. Zusätzliche Einnahmen zur Deckung der Kosten können durch eine angemessene Besteuerung von Unternehmen, Erbschaften und hohem Einkommen, sowie durch die Wiedereinführung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer viel sinnvoller erzielt werden.

## **C. Ausländische Studierende (nicht Austausch-StudentInnen)**

1. Was tun Sie dafür, finanzielle Chancengleichheit für ausländischen Studierende zu garantieren (z.B. bezüglich BAföG, Stipendien)?

Momentan werden Studierende aus „Drittstaaten“, die eine Aufenthaltserlaubnis nach §16 (zum Zweck eines Studiums) haben, faktisch vom BAföG-Bezug ausgeschlossen, was dazu führt, dass nur materiell gutgestellte Menschen aus „Drittstaaten“ an deutsche Unis kommen. Im Endeffekt reproduzieren sich dann die Eliten dieser Länder mit freundlicher Unterstützung des exklusiven deutschen BAföGs. Hier wünschen wir uns einen klaren Kurswechsel.

2. Wie beurteilen Sie die zusätzlichen Hürden, die v.a. außer-europäischen Studierenden gestellt werden, wie die das Sperrkonto oder kostenspielige Sprachtests (Testdaf)?

Wir treten für eine echte Gebührenfreiheit ein, die versteckte Gebühren ebenfalls ausschließt. Sprachtests, Zertifikate und sonstige Qualifikationserwerbe, die Teil des Studiums sind, müssen kostenfrei sein. Behördliche Gängelung Studierender aus „Drittstaaten“, etwa durch obligatorische Einzahlung des jährlichen BAföG-Höchstsatzes auf ein Sperrkonto oder eine Bankbürgschaft, die ja für die Betroffenen noch zusätzlich zu den ohnehin schon scharfen Maßnahmen der Ausländerbehörden oben drauf kommt, lehnt DIE LINKE ab.

3. Was ist Ihre Meinung zu der ständigen Ausweisungsbedrohung außer-europäischer Studierender, vor allem wenn sie nicht in der Regelstudienzeit fertig werden?

DIE LINKE fordert eine umfassende Reform des Aufenthaltsrechts mit dem Ziel deutlich gestärkter Bleiberechtsregelungen und verlässlichen Aufenthaltstiteln - auch für Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie ihrer Angehörigen.

4. Nach der Ausweisung folgt (häufig) die (endgültige) 'Einreisesperre' für alle Schengen-Länder. Inwieweit würden Sie die Abschaffung dieser Sperre unterstützen?

DIE LINKE lehnt das automatische Wiedereinreiseverbot grundsätzlich ab. DIE LINKE begrüßt deshalb, dass nun im Rahmen der Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie wenigstens geplant ist, diesen Automatismus abzuschaffen und zumindest eine Einzelfallprüfung vorgesehen wird.

## **D. Geschlechter- und Familienpolitik**

1. Was wollen Sie tun, damit die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen

a) beim Lehrpersonal

Grundsätzlich gilt, dass auch an Hochschulen arbeitende Menschen ein Recht auf eine planbare Lebensperspektive haben – die flächendeckende Anwendung prekärer, befristeter Arbeitsverhältnisse ist nicht nur eine Zumutung für alle angehenden Forscherinnen und Forscher, sondern trägt auch dazu bei, Frauen aus akademischen Karrieren herauszudrängen.

Für eine nachhaltige Steigerung der Beteiligung von Frauen im Wissenschaftssystem ist darüber hinaus auch die Beseitigung und Umgestaltung von strukturellen Hindernissen und Barrieren notwendig. Häufig handelt es sich um Strukturen, die sich anhand der Gewohnheiten von männlichen Biographien gebildet haben und unreflektiert reproduziert werden (Dominanz von Publikationen statt Lehre in Berufungsverfahren etc.).

b) in den MINT-Fächern und den typischen Frauenstudiengängen sinkt?

Die Attraktivität vieler Berufsfelder, wie etwa in den sozial- und erziehungswissenschaftlichen Berufen, muss gesteigert werden. Hierzu müssen Gehalts- und Arbeitsstrukturen umgestaltet werden. Häufig liegen Probleme auch in den jeweiligen Fachkulturen verborgen. Viele Studentinnen klagen beispielsweise über sexistische Witze und Bemerkungen in den sogenannten MINT-Fächern. An den Hochschulen müssen wirksame Strukturen etabliert werden, um für alle Geschlechter ein angenehmes Studium zu ermöglichen. Denkbar wäre beispielsweise die Schaffung und Verstärkung von Anlaufstellen und Beratungsstrukturen, aber auch die Sensibilisierung des Lehrpersonals.

## 2. Was schlagen Sie konkret vor, um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu verbessern?

Anlässlich der Hochschulgesetz-Novelle im Sommer 2010 haben wir ein optionales Teilzeitstudium vorgeschlagen, einhergehend mit einer flexiblen Regelstudienzeit. Damit könnten soziale Härten effektiv vermindert und ein großer Schritt in Richtung Chancengleichheit getan werden.

## 3. Was wollen für den Ausbau von Teilzeitstudiengängen tun?

Wir streiten auch in der nächsten Legislatur für unsere Überzeugung: Exklusion und Überforderung können durch Entzerrung und Anerkennung individueller Bedürfnisse entspannt werden. Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer und viele Studierende sind da bereits auf unserer Seite, trotzdem war der Vorschlag, den DIE LINKE im Sommer 2010 gemacht hat, in der Bürgerschaft nicht mehrheitsfähig.

## **E. Studienfinanzierung**

### 1. Unterstützen Sie die Ausweitung des (elternunabhängigen) BAföG?

Damit der Zugang zur Hochschulbildung nicht vom Elternhaus abhängt, fordert DIE LINKE die Umgestaltung des BAföG zu einer Bedarf deckenden, elternunabhängigen, rückzahlungs- und repressionsfreien Studienfinanzierung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. In keinem Industrieland der Welt bestimmt das Einkommen der Eltern so sehr die Bildungschancen ihrer Kinder wie in Deutschland.

### 2. Ein Großteil der Studierendenschaft ist auf Nebenjobs angewiesen: Was wollen Sie konkret zur Verbesserung der Studienfinanzierung der Studierenden tun?

Das wichtigste Element ist sicher die Verhinderung von Studiengebühren und ein sozialpolitisches Umdenken beim BAföG. Weiterhin tritt die LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 € pro Stunde ein, der auch vielen in prekären Bereichen jobbenden Studierenden zugute kommen würde.

### 3. Wie stehen Sie zu der Einführung von Tarifverträgen für studentische Hilfskräfte?

DIE LINKE fordert die Aufnahme der „Studentischen Hilfskräfte“ in den Tarifvertrag der Länder und deren vollen Personalvertretungsanspruch in allen Personalvertretungsgesetzen der Länder.

### 4. Was sagen Sie zu der Aussetzung der Leistungsanreize für BAföG-EmpfängerInnen?

Wir als LINKE wollen, dass Leistungen im Studium durch Interesse am Fach motiviert sind, nicht durch Angst vor der Drohung des Entzugs der finanziellen Existenzgrundlage, falls einmal eine Klausur nicht so ausgeht wie erhofft. Aus diesem Grund halten wir diese Form von Leistungsdruck bei BAföG-EmpfängerInnen für kontraproduktiv. Wer gute Leistungen im Studium bringt, wird in der Regel bereits durch bessere Jobchancen „belohnt“.

### 5. Wie stehen Sie zum Deutschlandstipendium?

Das vollmundig angekündigte Programm des sogenannten Deutschlandstipendiums wird noch nicht einmal 1 % der Studierenden in Deutschland erreichen und in der Regel vor allem die, die gar keine weitere finanzielle Hilfe mehr benötigen. Genau aus diesem Grund ist das Programm sozial- und bildungspolitisch fragwürdig und fördert nur die weitere Umverteilung von Unten nach Oben. Sinnvoller wäre es gewesen, mit diesen Mitteln eine BAföG-Erhöhung vorzunehmen.

## **F. Studentenwerk**

1. Steigende Studierendenzahlen und steigende Nachfrage bei Serviceangeboten: Wird es mehr Geld für das Studentenwerk geben (z.B. für die Zuschüsse der psychologisch-therapeutischen Beratungsstelle, neue Wohnheime)?

Das hoffen wir. Das Studentenwerk übernimmt zentrale Aufgaben im Umfeld der Hochschulen und muss in seinem Wirken gestärkt werden. Das geplante Wohnheim in der Überseestadt/HFK ist ein guter Schritt. Wenn parallel aber gleich zwei Mietimmobilien auf dem Campus der Universität entstehen, die in den Händen von Hedgefonds ausschließlich Profitinteressen verpflichtet sind, ist die Lage äußerst kritisch. DIE LINKE muss also zwei Dinge tun: Das Studentenwerk in seiner Gemeinwohlorientierung stützen und die Privatisierung im Umfeld der Hochschulen, die allein zu Gunsten von Investoren gehen, zurückdrängen und wo möglich verhindern.

2. Sind Sie bereit, die anstehende Tarifierhöhung zu tragen?

Mit uns gibt es keine weiteren Kürzungen im Öffentlichen Dienst, die kritische Schwelle ist längst erreicht. Für uns ist es selbstverständlich, ein klares Bekenntnis zur Tarifgemeinschaft der Länder abzugeben und Tariftreue einzufordern.

3. Die Esskultur unter den Studierenden verändert sich (Anspruch auf fair-trade Produkte, Intoleranzen, Vegane Küche), was zu höheren Kosten führt. Sind Sie bereit, diesen Bedürfnissen nachzugehen?

Die praktische Anerkennung kritischen Konsumverhaltens ist immer angesagt. DIE LINKE begrüßt deshalb die Initiative veganer Studierender, die sich mittlerweile zumindest tageweise in den Speisekarten widerspiegelt. Wir erwarten, dass die Hochschulen und das Studentenwerk der Studierendenschaft auch in Zukunft entgegenkommen. Auch bei bezahlbaren veganen Gerichten oder dem Wunsch nach Angeboten aus fairem Handel.

## **G. Studienstruktur**

1. Duale Studiengänge: Was halten Sie davon?

2. Sollten alle studieninteressierten BachelorabsolventInnen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?

Wir als LINKE haben immer wieder auf „Masterplätze für Alle“ gepocht, sei es bei den Bildungsprotesten der letzten Jahre oder in der Bürgerschaft. Wir sind überzeugt: Wer in Bremen einen Bachelor abschließt, muss in Bremen einen Platz in einem konsekutiven Masterprogramm erhalten (können), das wollen wir verbindlich geregelt sehen. Die anderen Parteien haben unsere Vorstöße bei diesem Thema bisher aber stets abgelehnt.

3. Wie wollen Sie auf den Mangel der Referendariatsplätze in Bremen reagieren? (die Zahl der Lehramtsstudierenden wird z.B. durch doppelte Abiturjahrgänge noch zunehmen)

In Bremen droht Lehrkräftemangel, soviel ist heute schon absehbar. Daraus kann die Politik nur einen richtigen Schluss ziehen: Allen Lehramtsabsolventinnen und – Absolventen müssen Referendariatsstellen angeboten werden. Der Senat hat am LIS in den letzten Jahren zahlreiche Stellen für die zweite Phase der Lehramtsausbildung zusammengestrichen und Stundenkontingente für die Betreuung der Referendarinnen und Referendare gekürzt. Hier muss mit Blick auf die Zukunft bereits jetzt umgesteuert werden. Für DIE LINKE ist eine Lehramtsausbildung auf quantitativ wie qualitativ hohem Niveau auch ein entscheidender Schritt um die Leistungsfähigkeit unserer Schulen zu steigern.

#### 4. Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur? Was würden Sie gerne verändern?

Die Demokratie an den Hochschulen ist gelinde gesagt deutlich ausbaufähig. DIE LINKE setzt sich für eine verfassungskonforme Drittelparität in allen Gremien ein. Außerdem fordern wir ein allgemeinpolitisches Mandat der Studierendenvertretungen, auch und gerade um an den Hochschulen, die ja wichtiger Teil gesellschaftlicher Diskurse sind, politisches Bewusstsein und gemeinsames Agieren wieder zu stärken. Die vorherrschende gesetzliche Gängelung freier Meinungsäußerung durch legitimierte Gremien lehnen wir grundsätzlich ab.

#### 5. Wie stehen Sie zur Aufnahme einer Zivilklausel ins BremHG?

Wir haben bei der Novelle des Hochschulgesetzes im Sommer 2010 als einzige Fraktion eine solche Klausel beantragt („Rüstungsforschung ist auszuschließen“). Außerdem unterstützen wir die Erklärung kritischer WissenschaftlerInnen gegen die „dual-use“ Stiftungsprofessuren und fordern ein klares Bekenntnis zur Zivilklausel der Universität. DIE LINKE wird sich auch weiterhin mit allen Mitteln gegen die Militarisierung der Hochschulen positionieren.